

Herrn
Deniz Gözey
c/o Goethe-Gymnasium Hamburg
Rispenweg 28
22547 Hamburg

Lieber Deniz Gözey,

für Ihren freundlichen Brief und Ihre kritische Rückmeldung zu meiner Rede „Bildung für alle“, die ich im September 2006 (während meiner ersten Amtszeit als Bundespräsident) hielt, danke ich Ihnen.

Auch wenn die Rede schon über 17 Jahre zurück liegt, erinnere ich mich noch gut an ihren Inhalt und den Ort, wo ich über das Thema Bildung sprach: die Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln. Meine Worte wurden damals überwiegend positiv aufgenommen, aber es gab auch kritische Reaktionen.

Ich freue mich, dass meine Berliner Rede aus dem Jahr 2006 heute von Ihren Mitschülerinnen und Mitschülern und Ihnen im Pädagogik-Kurs aufmerksam gelesen und offenbar auch engagiert diskutiert wird.

In Ihrem Brief bringen Sie drei Kritikpunkte an meiner Rede zum Ausdruck, die ich an dieser Stelle zusammenfassen möchte:

1. Es fehlt Ihnen die Benennung konkreter Maßnahmen, wie sich die Forderung „Bildung für alle“ und besonders die Herstellung von Chancengerechtigkeit für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler umsetzen lassen.
2. Sie vermissen neben den Forderungen für ein verbessertes Bildungswesen Hinweise zu dessen Finanzierung.
3. Meine in der Rede genannten Beispiele für erfolgreiche Bildungsprogramme erscheinen Ihnen zu allgemein.

Ich gebe Ihnen Recht: Meine Rede bleibt manche Lösung schuldig und in ihr findet sich kein Programm, das sich eins zu eins von Bildungspolitikern übernehmen ließe. Was Ihnen heute hier und da zu sehr im Ungefähren bleibt, war manchem Kritiker damals schon zu konkret. So gefiel es zum Beispiel nicht allen, dass sich der Bundespräsident klar und deutlich für den Erhalt des Religionsunterrichts und für

das (damals noch in der Entwicklung befindliche) Angebot eines muslimischen Religionsunterrichts aussprach. Auch der Gedanke der Inklusion, des gemeinsamen Unterrichtens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung, war 2006 noch nicht selbstverständlich. Und die Forderung einer verpflichtenden Sprachprüfung vor dem Schuleintritt war ein sehr konkreter Appell, den manche damals nicht hören wollten. Bildungspolitik wird in unserem föderalen Staat nicht in erster Linie von der Bundesregierung – und schon gar nicht vom Bundespräsidenten – verantwortet, sondern vor allem von den Bundesländern gestaltet und umgesetzt. Wenn es um Schule geht, sind besonders die Länder gefragt. Deren Bildungsminister haben 2006 auch recht aufmerksam zugehört und durchaus die ein oder andere Idee aus meiner Rede aufgenommen.

Der Bundespräsident sollte wichtige Themen, die für die Zukunft unseres Landes bedeutsam sind, ansprechen und dazu aufrufen, dass sich Politikerinnen und Politiker, aber auch alle übrigen Bürgerinnen und Bürger im Land, sich diesen Themen annehmen. Bei der Frage, wie sich die großen Probleme und Herausforderungen konkret bewältigen lassen, müssen viele mitdenken. Politik ist hier auch auf die Unterstützung durch entsprechende Fachabteilungen in den jeweiligen Ministerien angewiesen – und nicht zuletzt auf die Hilfe der Menschen vor Ort. Wenn es um Bildung geht, dann sind natürlich auch Lehrerinnen und Lehrer gefragt, die ihre Erfahrungen in die laufenden Debatten einbringen.

Ich bin dankbar, dass sich im deutschen Bildungswesen seit 2006 einiges getan hat. Doch viele Herausforderungen, die ich damals ansprach, bleiben aktuell, neue Aufgaben sind hinzugekommen und so gibt es weiterhin viel zu tun. Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler und Sie erleben täglich, was an einem Hamburger Gymnasium gut und was weniger gut funktioniert. Vielleicht haben Sie Lust, das Thema „Bildung für alle“ mit- und weiterzudenken und einmal Ihre Stimme für eine bessere Hamburger Schulpolitik von morgen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen



PS: Im Unterricht haben Sie meine Berliner Rede von 2006 nur in Ausschnitten (auf drei Seiten) lesen können. Das Original hat 13 Seiten und enthält vielleicht noch manche Konkretion, die Sie zuvor vermisst haben. So spreche ich zum Beispiel die Frage der Finanzierung von Bildungsangeboten gegen Ende der Rede deutlich an. Ein vollständiges Exemplar der Rede finden Sie anbei.

Friedrichstraße 83 – 10117 Berlin
 Telefon: (030) 2005976 - 60
 Telefax: (030) 2005976 - 70
 E-Mail: buerokoehler@bpra.bund.de
www.horstkoehler.de